



# REPORT



ENERGIE / BERGBAU · WASSERWIRTSCHAFT · ABFALLWIRTSCHAFT



## AKTIONSTAG: 8. OKTOBER

Beschäftigte der kommunalen wie der privaten Energieerzeugung machen am 8. Oktober auf die Bedeutung der konventionellen Anlagen für die Versorgungssicherheit aufmerksam.

FOTO: STADTWERKE MÜNCHEN

### Perspektive eröffnen

Seit langem machen wir uns für die Schaffung eines Kapazitätsmarktes stark. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die konventionellen Kraftwerke drohen zwischen sinkenden Strompreisen und den Herausforderungen der Energiewende unter die Räder zu geraten. Tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Den konventionellen Kraftwerken muss eine Perspektive eröffnet werden. Was auch heißt: Die Beschäftigung in diesen akut von der Stilllegung betroffenen Anlagen dauerhaft zu sichern – auch für Zeiten, in denen immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien ins Netz eingespeist wird.



FOTO: HERSCHELMANN

Zugegeben – uns geht es vor allem um die Arbeitsplätze in der Energieerzeugung. Gesamtwirtschaftlich gesehen geht es aber um mehr – um die Sicherheit der Versorgung nämlich. Darum, dass auch dann Strom aus der Steckdose kommt, wenn die erneuerbaren Energien nicht liefern können. Solange Energie nicht wirklich en gros gespeichert werden kann, werden konventionelle Kraftwerke gebraucht. Das weiß jeder, der es wissen will.

Wir haben unsere Position auch im DGB durchgesetzt, obwohl insbesondere die energieintensive Industrie und allen voran die Chemieindustrie fürchtet, dass mit einem Kapazitätsmarkt der Strompreis weiter ansteigen könnte.

Wir hatten im Frühjahr dieses Jahres Bundesenergieminister Sigmar Gabriel als Gastredner in einer ver.di-Veranstaltung. Die 500 Betriebsräte dieser Energiepolitischen Tagung hörten laut und deutlich, dass der SPD-Bundesminister das Problem der konventionellen Kraftwerke erkannt und schnelle Hilfe in Aussicht gestellt hat. Die Hoffnung war groß, dass sich die Rahmenbedingungen grundlegend ändern. Umso unverständlicher ist es, dass dieses Ministerium sage und schreibe gleich drei Gutachten in Auftrag gegeben hat, die beweisen wollen, dass ein Kapazitätsmarkt überflüssig ist. Der damit ausgelöste Gutachterstreit könnte lange dauern, zu lange für viele Kraftwerke und ihre Beschäftigten.

Zeit, den Minister an seine Worte vom Februar zu erinnern! Am 8. Oktober 2014 wollen wir mit dem bundesweiten Aktionstag zeigen, dass es uns ernst ist mit unserer Forderung nach einem wirkungsvollen Kapazitätsmarkt und nach Hilfen für Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).

Meine herzliche Bitte: Beteiligt Euch massenhaft und an möglichst vielen Standorten an den geplanten Aktivitäten.

Andreas Scheidt

## Kapazitätsmarkt! Jetzt!

Beschäftigte der konventionellen Erzeugung machen sich für angemessene Rahmenbedingungen stark

Die Beschäftigten der konventionellen Energieerzeugung schlagen Alarm: Nachdem ihr Werben für einen Kapazitätsmarkt bei der Politik bisher höchstens auf halb offene Ohren stieß, wollen sie am 8. Oktober im Rahmen eines Aktionstages die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Anliegen aufmerksam machen. Große Plakate sollen die Anliegen der Beschäftigten in der Stromerzeugung verdeutlichen, an Informationsständen in den Fußgängerzonen der Städte wollen die Kolleginnen und Kollegen den Passanten erläutern, warum sich die Beschäftigten der konventionellen Stromerzeugung für einen Kapazitätsmarkt stark machen.

Ob kommunale Energieversorger oder Konzerne – die Unternehmen melden immer mehr konventionelle Kraftwerke zur Stilllegung an. Es handelt sich in der Regel nicht um alte, marode oder längst abgeschriebene Anlagen. Vielmehr geht es meist um neue, effiziente Anlagen. Der Grund für die Stilllegung: Die Anlagen sind angesichts des Einspeisevorrangs der Erneuerbaren nicht annähernd rentabel zu betreiben. Doch mit jeder Stilllegung gehen Arbeitsplätze verloren. Und: Mit jeder Stilllegung sinkt die Reserve an Anlagen, die schnell hoch-

gefahren werden könnten, wenn die Erneuerbaren nicht liefern können. Ohne gravierende Fortschritte in der Technologie des Stromspeicherns werden konventionelle Kraftwerke auch in 20 Jahren noch gebraucht, sind sich Fachleute sicher – wie auch die Beschäftigten und ver.di sowie die Verantwortlichen in den Betrieben. Bisher aber hat die Politik noch nicht reagiert.

„Es ist volkswirtschaftlicher Wahnsinn und unverantwortlich, wenn kurzfristig hochmoderne Kraftwerke eingemottet und die dort Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit entlassen wer-

den, obwohl klar ist, dass wir sie spätestens morgen wieder dringend benötigen“, erklärt Andreas Scheidt, ver.di-Vorstandsmitglied und Leiter des Bundesfachbereichs Ver- und Entsorgung.

„Mit dem Aktionstag wollen die Beschäftigten in den Stadtwerken und Energiekonzernen deutlich machen, dass nur mit einem Kapazitätsmarkt und zusätzlicher Förderung hocheffizienter Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung die Energiewende ohne Einschränkung für die Versorgungssicherheit konsequent weiter fortgeführt werden kann“, betont der Gewerkschafter. Das heißt: Die Beschäftigten wollen auf ihre Situation und die Folgen für die Versorgungssicherheit aufmerksam machen – für den Fall, dass immer mehr konventionelle Anlagen abgeschaltet werden. „Wir stellen uns nicht gegen die Energiewende“, betont Scheidt. Im Gegenteil: „Wir wollen, dass sie gelingt. Energiewende und gleichzeitig Versorgungssicherheit

aber sind ohne die konventionelle Energieerzeugung nicht machbar.“ Übrigens: Der Verband der kommunalen Unternehmen und der BDEW haben sich auf die Seite der Beschäftigten gestellt und unterstützen die Aktionen.

Was ist genau geplant? Info-Stände, an denen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden soll, Info-Veranstaltungen, Plakate. Zudem sollen Luftballons auf die Sorgen und Nöte der traditionellen Energieerzeugung aufmerksam machen. „Wir wollen Aufmerksamkeit erregen, damit wir die Gelegenheit bekommen, zu erläutern, worum es und geht“, betonten die Betriebs- und Personalräte. Sie wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber diskutieren, was ein Kapazitätsmarkt bewirken kann und wie er ausgestaltet sein könnte. Mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen sie dann die Politik dazu bringen, endlich zu handeln. Und zwar schnell. Bevor weitere Anlagen vom Netz sind.

Seite 2 >>

### ENERGIEPOLITIK

#### Bundeswirtschaftsminister Gabriel fährt Studien gegen Kapazitätsmarkt auf

Gleich drei Gutachten hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Auftrag gegeben, um die Einführung eines Kapazitätsmarktes zu prüfen – und alle drei, veröffentlicht in der Urlaubszeit Ende Juli 2014, sprechen sich gegen die Notwendigkeit eines solchen aus. Die Beratungsunternehmen Frontier Economics, Formaet, Consentec und r2b kommen zu dem Schluss, dass zwar einige Reformen nötig seien, es aber keine Veranlassung gebe, einen Kapazitätsmarkt

einzuführen. Grundsätzlich lasse sich aus der derzeit schlechten Lage für konventionelle Kraftwerke in Deutschland nicht ableiten, dass zu wenig in den Kraftwerkspark investiert werde. Es sei vielmehr so, dass gegenwärtig Überkapazitäten abgebaut würden.

Wenn jedoch trotzdem ein Kapazitätsmarkt eingesetzt werden sollte, empfehlen die Studien eine Minimallösung, nicht viel mehr, als was heute schon in der Reservekraftwerksverordnung festgelegt ist. Ausdrücklich leh-

nen die Autoren alle Vorschläge, die bisher für einen Kapazitätsmarkt erarbeitet wurden, ab, sowohl das von enervis und BET im Auftrag von VKU und BDEW erstellte dezentrale Modell als auch die Studien des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln und den Vorschlag des Öko-Instituts. Jetzt soll eine Plattform Energiemarkt beim Bundeswirtschaftsministerium eingerichtet werden, auf dem die Kontroverse weiter gepflegt werden soll. Eine Einladung zu dieser

Plattform an die Gewerkschaft ver.di ist allerdings hier bis heute nicht eingegangen.

Im Februar 2014 hatte Minister Gabriel den bedrohten Kraftwerken und ihren Beschäftigten noch schnelle Hilfe zugesichert. Wir fragen den Minister und seinen Staatssekretär: Was ist die Zusage noch wert, wenn sie jetzt, statt zu handeln, einen Gutachterkrieg eröffnen, der natürlich wie das bei Gutachterkriegen so ist, lange dauern wird?



# Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit in Gefahr

ver.di dringt vehement auf die Schaffung eines Kapazitätsmarktes



**Achtung: Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit in Gefahr. Konzerne wie kommunale Stromerzeuger melden immer mehr Anlagen zur Stilllegung an. Denn unter den derzeitigen Rahmenbedingungen sind die Anlagen nicht mehr rentabel zu fahren, betont Nicole Misterek, Sprecherin der Bundesfachgruppe Energie und Bergbau. Mit jeder Stilllegung werden auch Beschäftigte nach Hause geschickt – gut ausgebildete Beschäftigte. Zudem steigt mit jeder Stilllegung die Gefahr eines Blackouts. ver.di und die Beschäftigten warnen, die Politik aber lässt sich Zeit. Warum ein Kapazitätsmarkt jetzt angepackt werden muss, erläutert Misterek in einem Interview mit dem REPORT.**

■ Kommunale und private Energieversorger schlagen Alarm. Eine ungewöhnliche Allianz.

**Misterek:** So ungewöhnlich ist der Umstand nicht. Ob Frankfurt, Dortmund, Nürnberg, München oder Hamburg – kommunale wie private Energieversorger haben die gleichen Probleme. Und deshalb ist es auch nicht ungewöhnlich, dass ver.di zusammen mit den Arbeitgebern auf die Situation in der Energiewirtschaft hinweist. Es geht um die Beschäftigten in der Branche und es geht um die Versorgungssicherheit. Sie haben derzeit in der Politik nicht den Stellenwert, der gebraucht wird.

**Die Politik sieht die Probleme nicht?**

**Misterek:** Ich glaube, vielen Politikern ist die Dramatik der Situation derzeit immer noch nicht bewusst. Obwohl ver.di, die Beschäftigten und auch die Vertreter der kommunalen wie der privaten Energiewirtschaft derzeit nichts unversucht lassen, die Situation deutlich zu machen. Das Verständnis für unsere Sorgen und Nöte wächst – aber es ist noch längst nicht so groß, wie es in Anbetracht der Lage notwen-

dig wäre. Die Politik lässt sich immer noch Zeit – viel zu viel Zeit. Wir brauchen Lösungen. Jüngst hat RWE wieder angekündigt, ein weiteres Kraftwerk stillzulegen. ver.di kann diesen Schritt nicht akzeptieren, weil mit jeder Stilllegung Arbeitsplätze verloren gehen. Aber die Fachgruppe Energie und Bergbau kann den Schritt nachvollziehen. Einige Anlagen schreiben nun rote Zahlen. Kein Unternehmen kann sich das auf Dauer leisten.

**Mit der Energiewende sahen sich die kommunalen Unternehmen zunächst als Gewinner.**

**Misterek:** Diese Einschätzung hat sich gravierend gewandelt. Das stimmt. Weil die Kommunalen früher als die Konzerne in die Erneuerbaren investiert hatten, weil sie kleinere Einheiten boten und weil auch viele Experten davon ausgingen, dass die Zukunft in der Regionalität liegen wird. Heute ist das keine Frage mehr. Beide – die Kommunalen und die Konzerne – haben die gleichen Probleme. Es hat sich für die Kommunalen nicht ausgezahlt, dass sie zum Beispiel auf die umweltfreundliche und effiziente Kraft-Wär-

me-Kopplung gesetzt und viel Geld investiert haben. Und das schmerzt.

Aber natürlich muss man sich auch vergegenwärtigen, dass sich die Energiewirtschaft seit Jahren wandelt. Erst kam die Liberalisierung, dann kamen die Entflechtung und Anreizregulierung, diese grundlegenden Veränderungen waren für die Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Versprechen verbunden, der Strom wird billiger. Doch das war ein Trugschluss, denn die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der günstigere Strompreis nicht an die Kunden weitergereicht wurde sondern durch erhöhte Steuern und Abgaben vor allem dem Staat zugute gekommen ist.

**Wo liegen heute genau die Probleme der Erzeugung?**

**Misterek:** Konzerne wie Kommunale haben investiert – in moderne Gaskraftwerke, in moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung. Doch den Unternehmen sind die Rahmenbedingungen weggebrochen. Der Anteil der Erneuerbaren ist stärker gewachsen als prognostiziert. Dieser Strom wird vorrangig ins Netz eingespeist. Die Folge: Konventionelle Kraftwerke stehen immer öfter still. Die Erträge, die mit Strom aus konventionellen Anlagen erzielt werden können, decken kaum die Kosten, die die Produktion verursacht. Doch die konventionellen Anlagen werden weiterhin gebraucht – nämlich dann, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, wenn die Erneuerbaren schlicht nicht liefern können. Die Experten sind sich einig:

Auch in Zukunft werden konventionelle Anlagen gebraucht. Selbst wenn die Energieversorgung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Anlagen kommt, braucht es so genannte Back-Up-Anlagen, also konventionelle Kraftwerke, die schnell hoch- und runtergefahren werden können. Damit immer gleichbleibend 50 Hertz Spannung im Netz sind. Denn der technische Durchbruch bei der Speichertechnologie lässt auf sich warten. Auch da sind sich die Experten einig: Es ist nicht absehbar, dass sich hier in den kommenden Jahren etwas gravierend ändert.

Deshalb sind Lösungen überfällig. Es sei denn, wir nehmen in Kauf, dass die Versorgung nicht sichergestellt ist. Doch mal ehrlich: Wir können uns gar nicht vorstellen, dass aus der Steckdose mal kein Strom kommt oder dass Strom rationiert wird. Weil es um die Beschäftigten in der Branche, um die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch weil es um den Wirtschaftsstandort Deutschland geht, pochen wir so vehement darauf, dass die Politik unsere Situation ernst nimmt und endlich handelt.

**Das heißt: Gebraucht wird ein Kapazitätsmarkt?**

**Misterek:** Das Bereitstellen von Energie in windstillen und sonnenfreien Zeiten muss sich für die Unternehmen, die für diese Zeiten Kraftwerke vorhalten, lohnen. Es gibt keine andere Lösung. Wir brauchen einen Kapazitätsmarkt – wie er auch immer ausgestaltet sein mag. Es ist ja jetzt schon so, dass die Regulierungsbehörde das Stilllegen von Anlagen nicht genehmigt und Geld bezahlt, dass weiter Kapazität vorgehalten wird. Denn die Regulierer befürchten einen Blackout – wenn immer mehr Betreiber Anlagen stilllegen. Ein solches Vorgehen kann nicht die Lösung sein. Denn dadurch passiert genau das, was alle versuchen zu verhindern – einerseits ein weiterer Subventionsbereich, für den die Verbraucherinnen und Verbraucher aufkommen müssen, andererseits Unternehmen, die mit dem Geld, das sie für das Vorhalten der Energie bekommen, letztendlich nicht wirklich agieren können. Denn die Summen sind zu niedrig. Wir brauchen keine neue Subventionsmaschine. Es muss Schluss sein mit dem Gewuschel. Wir brauchen einen transparenten Kapazitätsmarkt, der auch Wettbewerb unter den Anbietern der Reservelast zulässt. Und wir brauchen ihn jetzt. Die Politik darf die Schaffung eines Kapazitätsmarktes nicht länger auf die lange Bank schieben. Weil Arbeitsplätze – übrigens

qualifizierte und tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze – zur Disposition stehen und weil – bei einer ungünstigen Wetterlage – auch plötzlich kein Strom mehr aus der Steckdose kommen kann.

**Wie ist die Stimmung in den Betrieben?**

**Misterek:** Die Stimmung gerade unter den Beschäftigten ist denkbar schlecht. Seit Jahren wird umstrukturiert, wird eingespart, werden Stellen gestrichen. Selbst in den Netzen wird die Schicht mit weniger Leuten gefahren – trotz der steigenden Anzahl von kritischen Situationen, die sich aus der Einspeisung des Stroms aus den Erneuerbaren ergeben. Mehr Arbeit für weniger Schultern ist die Folge.

Die Beschäftigten waren in den vergangenen Jahren zudem flexibel, wurden vom Elektriker zum Stromverkäufer. Und nun geht es um den gesamten Betrieb und die gesamte Erzeugung. Es wurde in den vergangenen Jahren viel investiert. Gerade die kommunalen Unternehmen haben früh auf die Energiewende gesetzt, effiziente Kraftwerke der Kraft-Wärme-Kopplung gebaut. Und die Konzerne? Man kann ihnen vorwerfen, dass sie erst spät auf Wind- und Solarenergie gesetzt haben. Aber auch sie haben in hocheffiziente moderne Kraftwerksanlagen investiert. Und genau diese modernen Anlagen sind kaum am Netz. Die Beschäftigten – ob kommunal oder privat – sie fühlen sich und ihre Arbeit schlicht nicht wertgeschätzt.

Fragen von Jana Bender.

## PERSONALIEN



### Nicole Misterek ...

...ist kaufmännische Angestellte und seit 2008 Betriebsratsvorsitzende der Stadtwerke Bochum. Im Juni 2014 wurde Misterek einstimmig zur Nachfolgerin von Andreas Scheidt als Sprecherin der Bundesfachgruppe Energie und Bergbau gewählt.

**Mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG 2014), das ab August in Kraft ist, wird das für Investoren sichere Fördersystem eines fixen Bonus modifiziert, mit dem die erneuerbaren Energien in nur 15 Jahren den Sprung von der Quasi-Bedeutungslosigkeit auf einen spektakulären 25-Prozent-Anteil am Bruttostromverbrauch geschafft haben. Zukünftig gilt für Betreiber von Neuanlagen die Verpflichtung, den Strom direkt zu vermarkten. Ergänzend zum Marktpreis bekommen sie nur noch eine fixe Marktprämie.**

■ Was die Betreiber der Anlagen bislang bereits freiwillig durften, wird jetzt Pflicht. Zusätzlich zum schwankenden Erlös auf dem Markt erhalten sie nur noch eine Marktprämie zum Ausgleich ihrer Mehrkosten. Fällt der durchschnittliche Börsenpreis über längere Zeit auf Minuswerte, weil bundesweit Solar- und Windanlagen mehr Strom produzieren, als nachgefragt wird, sinkt die Marktprämie sogar auf Null. Dann lohnt nur noch, die Anlage einfach abzustellen – oder den Strom in einem Speicher für bessere Zeiten zwischenzulagern.

Was sich als radikaler Systemwechsel ankündigt, erweist sich in Wirklich-

# Flexibel weiterentwickelt

Das neue EEG – Schluss mit „Einspeisen, Kassieren und Vergessen“



keit als flexible Weiterentwicklung. Galt bisher die Devise „Einspeisen, kassieren und vergessen“, soll mit dem neuen System der gewachsenen Verantwortung der erneuerbaren Energien für das Funktionieren des Gesamtstrommarktes Rechnung getragen werden. So gesehen scheint die neue Regelung unumgänglich, soll die Energiewende insgesamt nicht ins Stocken geraten.

Das unterstreicht auch Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, die vor allem in der Direktvermarktungsverpflichtung eine

„wichtige Weichenstellung für den weiteren, erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland“ erkennt. Der wird als eigentliches Ziel des Gesetzes festgeschrieben. „Stetig und kosteneffizient“ soll der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch danach bis 2050 auf 80 Prozent erhöht werden. 40 bis 45 Prozent sollen bereits bis 2025 erreicht werden, 55 bis 60 Prozent bis 2035.

Stetigkeit heißt: Jährlich sollen nicht mehr als 2500 Megawatt Windanlagen onshore dazukommen und noch einmal 2500 Megawatt Photovoltaik.

Biomasse wird praktisch gar nicht mehr gefördert (nur noch 100 Megawatt pro Jahr). Ist die vorgegebene Maximalleistung erreicht, wird die Förderung für weitere Anlagen in dem betreffenden Jahr gekürzt.

Energieversorger haben bereits in der Vergangenheit ihren Strom aus erneuerbaren Energien direkt vermarktet – auf freiwilliger Basis. Viel spricht dafür, dass sie von der Pflicht zur Direktvermarktung in Zukunft profitieren können. Weil viele kleinere und mittlere private Anlagenbetreiber die zusätzlichen Verwaltungs- und Vermark-

tungsaufgaben nicht selbst leisten können oder wollen, lohnt sich die Investition in leistungsfähige Abteilungen, die die Direktvermarktung organisieren können, immer mehr.

2017 soll das Fördersystem dann auf Ausschreibung umgestellt werden. Doch keiner weiß, wie das alles genau funktionieren wird. Deshalb sollen Pilotprojekte gestartet werden, bei denen größere Photovoltaik-Freiflächen via Ausschreibung vergeben werden. So oder so: Das Projektrisiko wird steigen. Bleibt die Empfehlung: Wer als Energieversorger weiter in eigene erneuerbare Anlagen investieren will, sollte dies noch tun, bevor die neuen Bedingungen greifen.

Und wie ist es mit dem Eigenverbrauch? ver.di hatte wie die Energieversorger gefordert, dass Unternehmen, die ihren Strom selbst produzieren, künftig die volle EEG-Umlage zahlen müssen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Herausgekommen ist ein Formelkompromiss: Schrittweise steigt der Anteil am eigen erzeugten Strom, für den die volle EEG-Umlage zu zahlen ist, bis 2017 auf 40 Prozent. Damit bleibt dauerhaft mehr als die Hälfte des Eigenverbrauchs privilegiert – entsprechend gering ist die Entlastung für die restlichen Verbraucher. **Reinhard Klopfleisch**